Mitteilungen und Berichte

Theorie und Praxis des Diktaturvergleichs

Unter der Leitung von *Günther Heydemann* (Universität Leipzig, Lehrstuhl für Neuere und Zeitgeschichte) und *Eckhard Jesse* (TU Chemnitz-Zwickau, Lehrstuhl für politische Systeme/politische Institutionen) fand am 9. und 10. Mai 1997 im Geschwister-Scholl-Haus der Universität Leipzig eine Tagung zur „Theorie und Praxis des Diktaturvergleichs“ statt. Die Konferenz stellte zugleich das V. Symposium der Fachgruppe Geschichte der „Gesellschaft für Deutschlandforschung“ (GfD) dar und widmete sich somit einer Thematik, die auch in der öffentlichen Debatte umstritten ist.

Am ersten Tag standen vornehmlich theoretische Überlegungen im Mittelpunkt der Tagung, während am zweiten Tag erste Ergebnisse empirisch vergleichender Studien vorgestellt wurden.

In seiner Einleitung wies *Karl Eckart* (Universität/GHS Duisburg, Vorsitzender der GfD) darauf hin, daß die gegenwärtigen Probleme des Zusammenwachsens beider deutscher Gesellschaften nur aus der Geschichte heraus zu verstehen seien. Daran knüpfte Prorektor *Günther Wartenberg* in seiner Begrüßung an und fügte hinzu, daß eine Schwierigkeit der Diktaturforschung u. a. darin bestehe, daß der Begriff des Totalitarismus Kampf- und Analysebegriff zugleich sei.

Zu dieser Ambivalenz des Totalitarismusbegriffs käme, so *Heydemann* das Unbehagen vieler Zeitgenossen gegenüber einem Vergleich beider deutscher Diktaturen: Die bisher gegen einen Vergleich vorgebrachten Gründe seien jedoch wissenschaftlich nicht überzeugend, da schon der Verweis auf die fundamentale Unterschiedlichkeit von NS-Staat und SBZ/DDR den Vergleich zur Voraussetzung habe. Es gehe im Diktaturvergleich nicht um eine undifferenzierte

Gleichsetzung, sondern um die geschichtswissenschaftliche Analyse der „actio“ diktatorischer Gewalt und der „reactio“ der Beherrschten.

Im ersten Beitrag charakterisierte *Eckhard Jesse* das 20. Jahrhundert als ein „Zeitalter des Totalitarismus“. Der Konflikt zwischen demokratischen Verfassungsstaaten und totalitären Diktaturen gebe diesem Jahrhundert seine maßgebliche Prägung; der Totalitarismus habe sich dabei – anders als Despotien – scheindemokratischer Mechanismen bedient, indem er sich beispielsweise durch permanenten Massenbezug eine Pseudo-Legitimierung verschaffte. Er sei in der Verbindung von absoluter Gewalt und absoluter Rechtfertigung gleichsam „postdemokratisch“.

Achim Siegel (Dresden) erörterte anschließend Möglichkeiten der Weiterentwicklung klassischer Totalitarismustheorien. Die systemtheoretisch orientierte Totalitarismustheorie von Carl J. Friedrich habe in den sechziger Jahren für viele Wissenschaftler an Glaubwürdigkeit verloren, da das für totalitäre Systeme konstituierende Wesensmerkmal einer „terroristisch operierenden Geheimpolizei“ so nicht mehr zu konstatieren sei; erst die Modifizierung dieses Kriteriums zu einer „vollentwickelten Geheimpolizei“ ermögliche eine Anwendung der Theorie auch auf nachstalinistische Regime und mache den Ansatz für entwicklungstheoretische Modelle kompatibel.

Wolfgang-Uwe Friedrich (Hildesheim) stelle Kaderpolitik als totalitäre Herrschaftspolitik dar, indem er das Kaderkonzept der SED erläuterte und in einem zweiten Schritt dessen Umsetzung in die Praxis an Beispielen verdeutlichte. Die Rekrutierung zuverlässigen Lei-

tungspersonals nehme in der kommunistischen Bewegung früh eine zentrale Rolle ein, wobei weniger eine Leistungs- als vielmehr eine Machtelite mit eingeschränktem Handlungsspielraum angestrebt worden sei. In der Praxis habe diese Vorgehensweise zu ineffizienten Kompromissen zwischen Parteilichkeit und Fachkompetenz geführt; zudem hätten sich die Generationen der Kader wechselseitig blockiert, was schließlich zur markanten Überalterung der DDR-Machtelite geführt habe.

Steffen Kailitz (Chemnitz-Zwickau) betrachtete die Thesen des amerikanischen Historikers Daniel J. Goldhagen aus totalitarismustheoretischer Sicht. Dabei steche die methodisch fragwürdige Verwendung des Begriffs 'Totalitarismus' ins Auge: Prinzipiell von Goldhagen selbst abgelehnt, verwende er diesen Begriff sowohl in bezug auf die christliche Kirche des Mittelalters als auch auf die Institution des Konzentrationslagers. Freilich sei die von Goldhagen aufgeworfene Frage nach der Motivation der Täter für die Totalitarismusforschung von großer Bedeutung, hier aber gebe es überzeugendere Ansätze, etwa von Herbert Jäger, Wolfgang Sofski und Christopher R. Browning.

Markus Hultner (Leipzig) stellte anschließend die Anfänge der Totalitarismuskussion in England dar. Diese Anfänge hätten zwar keine unmittelbare wissenschaftliche Wirkung entfaltet, an ihnen lasse sich aber die Durchsetzung bestimmter Vorstellungen vergleichender Diktaturbetrachtung aufzeigen. Bereits 1926 verwendete der Italiener Luigi Sturzo den Begriff 'totalitarism' vergleichend für den italienischen Faschismus und den sowjetischen Bolschewismus. In der Folge seien sowohl der Begriff 'totalitarism' als auch die Notwendigkeit des Vergleichs von Diktaturen publizistisch angegriffen und insbesondere in Großbritannien diskutiert worden, ohne allerdings in den Bereich wissenschaftlicher Analyse vorzustoßen.

Den ersten Tag schloß *Rainer Eckert* (Berlin/Leipzig) mit einer Erörterung der

Forschungslandschaft zum Bereich Widerstand und Opposition im Dritten Reich und in der DDR. Auf diesem Gebiet sei ein deutliches Ungleichgewicht auszumachen zwischen einer institutionalisierten NS-Widerstandsforschung und einer noch weitgehend improvisierten Forschung zum Widerstand in der DDR, von dem längst noch nicht alle Facetten wahrgenommen würden. Widerstand als Element des Alltags sei aber ein zentraler Aspekt des Diktaturvergleichs und müsse daher stärker in den Mittelpunkt rücken.

Der zweite Tag des Symposiums stand ganz im Zeichen empirischer Studien zum Diktaturvergleich. In seiner Einleitung legte *Günther Heydemann* zunächst die verschiedenen methodologischen Möglichkeiten des Diktaturvergleichs dar, um sodann für die Herausarbeitung von Unterschieden und Gemeinsamkeiten von Diktaturen, insbesondere am Beispiel der NS- und SED-Diktatur, den integralen und selektiven Vergleichstyp näher zu erläutern. Für empirische Studien biete sich der selektive Vergleich aus forschungspraktischen Gründen an, z. B. in der Untersuchung gesellschaftlicher Teilbereiche oder bestimmter sozialer Gruppen.

Am Spannungsverhältnis zwischen totalitärem Herrschaftsanspruch und regionaler Identität erläuterte *Thomas Schaarschmidt* (Leipzig) die Entwicklung der Institutionen sächsischer Regionalkultur zwischen NS-Staat und DDR. Während im Nationalsozialismus mit mäßigem Erfolg versucht worden sei, die sächsischen Heimatschutzvereine institutionell und inhaltlich zu vereinnahmen, seien nach 1945 die Vereine in einem Schwebezustand geblieben: Offiziell von der SMAD und der SED nicht zugelassen und vom Kulturbund ausgeschlossen, seien sie aber dennoch stillschweigend toleriert worden. Erst 1948 habe sich dieser Zustand verändert, als Heimatvereine in den Kulturbund integriert wurden, diesen indes rasch dominiert hätten. Regionales Sonderbewußtsein habe also stets von totalitären Bestrebungen nur

mit großem Aufwand und mit kaum dauerhaftem Erfolg „stillgelegt“ werden können.

Die Durchsetzung des totalitären Machtanspruchs auf kommunaler Ebene beschrieb daraufhin *Christopher Beckmann* (Leipzig) am Beispiel der sächsischen Kreise Grimma und Wurzen. Dabei beschränkte er sich auf die „Etablierungsphasen“ von 1933–1935 bzw. 1945–1952 und stellte die Frage nach den spezifischen lokalen Gegebenheiten, dem Personal und der Rolle zentraler Vorgaben. Bemerkenswert sei für beide Kreise eine relativ hohe Stabilität der politischen Lager und – mit Abstrichen – auch der kommunalpolitisch aktiven Personen über den Nationalsozialismus hinweg. Sowohl für die Nationalsozialisten als auch für die Kommunisten sei jeweils die Installierung eines loyalen „zweiten Mannes“ von großer Bedeutung gewesen, während sich die Bürgermeister sowohl 1933/35 als auch 1945/48 um politische Gegner häufig nach eigenem Ermessen gekümmert hätten. Im Umgang mit den bürgerlichen Parteien hätten sowjetische Besatzungsmacht und SED vor dem Hintergrund der Strategie der festen Einbindung eine differenziertere Vorgehensweise an den Tag gelegt als die NSDAP, die auf das gänzliche Verschwinden der Parteiorganisationen ausgerichtet gewesen sei.

Georg Wilhelm (Leipzig) stellte die Haltung der Leipziger evangelischen Pfarrerschaft zur „Obrigkeit“ 1933/34 und 1945/46 dar. Hier springe ein markanter Unterschied zwischen beiden Diktaturetablierungen ins Auge: Eine überwiegend völkisch orientierte evangelische Pfarrerschaft habe 1933 den Hauptgegner nicht in der NSDAP, sondern nach wie vor im Katholizismus und Kommunismus gesehen und sich einer Vereinbarung durch den Nationalsozialismus gegenüber als kaum sensibel erwiesen; die spätere Spaltung der evangelischen Kirche sei dann aber in den Protokollen der Ephoralkonferenzen

schon absehbar. Demgegenüber habe die Pfarrerschaft 1945 der sowjetischen Besatzungsmacht und der KPD/SED einhellig skeptisch bis ablehnend gegenübergestanden, der potentielle Konflikt zwischen der Diktatur und der Kirche sei früher und schärfer zum Ausdruck gekommen. In beiden Diktaturen aber habe dieser Konflikt ähnliche Ausprägungen gehabt, wie am Beispiel der evangelischen Jugendarbeit und deren Konkurrenz zu staatlichen Jugendorganisationen deutlich werde.

Schließlich erörterte *Oliver Werner* (Leipzig) die Handlungsspielräume von Betriebsleitungen im Dritten Reich, in der SBZ und in der DDR am Beispiel eines Leipziger Maschinenbaubetriebes. Bei aller Unterschiedlichkeit der äußeren Umstände führten strenge Materialkontingentierung und politische Einflußnahme auf innerbetriebliche Vorgänge zu ähnlichen Herausforderungen für die jeweilige Betriebsleitung. Deren Reaktionsmöglichkeiten waren in beiden Diktaturen wiederum verschieden: Während es der Betriebsleitung im NS-Staat gelang, die Einschränkungen über informelle Kanäle auszugleichen und erst der Weltkrieg ihre Handlungsmöglichkeiten minimierte, waren in der SBZ und DDR Kaderpolitik und kontrollierende Einbindung des Betriebes gerade auf die Kapung solcher informellen Beziehungen ausgerichtet und zwangen die Leitungen, die Produktion unter hohem Ressourcenverschleiß aufrechtzuerhalten, wobei gleichzeitig traditionelle Wirtschaftsmechanismen außer Kraft traten.

Die vier Beiträge des zweiten Tages machten deutlich, daß die Überprüfung theoretischer Überlegungen durch empirische Studien unverzichtbar ist und in den nächsten Jahren in den Mittelpunkt des Diktaturvergleichs rücken sollte. Mit der Veröffentlichung der Tagungsbeiträge in der Schriftenreihe der GfD ist in Kürze zu rechnen.

Katja Schlichtenbreite